

Rheinberger STATT Nachrichten

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Dezember 2021

Eine
frohe und
vor allem
gesunde
Weihnachts-
zeit!

Aus der Fraktion

Die Kieswende am Niederrhein ist überfällig!

Schon heute gleicht der Niederrhein an vielen Stellen einem Flickenteppich aus Baggerlöchern. Doch anstatt damit begonnen wird, mit dem endlichen Bodenschatz Sand und Kies nun sorgsamer umzugehen und den jährlichen Flächenverbrauch durch den Kiesabbau zu reduzieren, ist genau das Gegenteil der Fall. Dabei ist der Kiesabbau in seinen Auswirkungen irreversibel und geht voll zu Lasten künftiger Generationen, die dadurch zumeist umzäunte Hinterlassenschaften erben.

Durch die Änderung der Vorgaben Landesentwicklungsplans durch die CDU/FDP Landesregierung, namentlich der Erhöhung des Versorgungszeitraums von 20 auf 25 Jahre, müssen im neuen LEP, der derzeit im 2. Entwurf vorliegt, der Kiesindustrie im Kreis Wesel nunmehr 1.138 Hektar (11,38 Quadratkilometer) zumeist landwirtschaftlich genutzter Fläche zur Auskiesung zur Verfügung gestellt werden. Für das Rheinberger Stadtgebiet bedeutet das ca. 220 Hektar Auskiesungsflächen (Abbildungen unten) zusätzlich zu den derzeit bereits im Abbau befindlichen Flächen, insbesondere in Vierbaum und im Eversaealer Rheinbogen. Durch die Auskiesung gehen Grundwasserspeicher, Dauergrünland als wichtiger CO₂-Speicher, landwirtschaftliche Flächen für die Ernährung, Auen und Brachland für den Artenschutz verloren.

Bedarfsermittlung

Wir GRÜNEN setzen uns für die Änderung der aktuellen regionalplanerischen Bedarfsermittlung von Kies und Sand ein. Diese darf sich nicht länger an den Mengen orientierten, die die Kiesindus-

trie in den jeweils letzten drei Jahren abgegraben hat. Während unsere Nachbarländer, allen voran die Niederländer, seit etwa 10 Jahren eine deutlich restriktivere Kiesabbaustrategie verfolgen, um ihre Flächen für eine langfristige Nutzung zu bewahren, liegt im Kreis Wesel der von der Kiesindustrie angemeldete und über dieses zweifelhafte Verfahren auch zu gewährende Bedarf mittlerweile auf einem Rekordniveau von 7,0 Millionen Kubikmetern Sand und Kies jährlich. Nach dieser Systematik der schwarz-gelben Landesregierung ergeben sich bei den nun vorzuhaltenden 25 Jahren 175 Millionen Kubikmeter. Bürger*innen fragen sich zu Recht, wessen Bedarf hier gemeint ist und wohin die Schiffe fahren, die täglich das größte Kieswerk Europas im Eversaealer Rheinbogen verlassen.

Ein weiterer Schwachpunkt der derzeitigen Bedarfsermittlung ist die Abbautieftiefe, da die Erfassung unberücksichtigt bleibt. Somit ist das angewandte Abgrabungsmonitoring des Geologischen Dienstes des Landes NRW als Grundlage für die Berechnung landesplanerischer Versorgungssicherheit nicht geeignet. Es stellt unserer Meinung nach lediglich die Bedarfsermittlung für die Versorgungssicherheit privatwirtschaftlicher Interessen der Kiesindustrie dar.

Darüber hinaus läuft das in NRW angewandte Verfahren komplett ohne Mitspracherecht der Kommunen ab und ist noch stärker als die in anderen Bundesländern geübte Praxis einseitig auf die Interessen der Kiesindustrie ausgerichtet. In diesem Zusammenhang braucht es eine deutschlandweit einheitliche Rohstoffstrategie, damit keine Region überproportional beansprucht wird.

Export

Der vom Land NRW zu sichernde Bedarf soll ausschließlich diejenigen Mengen an Kies und Sand landesplanerisch absichern, die für Bauvorhaben (Brücken, Straßen, Häuser usw.) in NRW verwendet werden. Die Bedarfsfeststellung muss auf Grundlage einer neutralen Prognose erfolgen. Daher fordern wir, dass die enormen Mengen Sand und Kies, die größtenteils aus NRW gewinnbringend in die Niederlande, Belgien und Frankreich exportiert werden, nicht für den landesplanerischen Bedarf angerechnet werden.

Versorgungszeitraum

Daher ist es nicht nur erforderlich, dass die Landesregierung die Verlängerung der Versorgungssicherheit auf 25 Jahre zurücknimmt, vielmehr sollte dieser Planungshorizont auf 15 Jahre verkürzt werden! Gegen die Neuaufstellung dieses LEP ist aktuell eine Klage der Kommunen Alpen und Kamp-Lintfort sowie des Kreises Wesel, mit der Unterstützung der Stadt Rheinberg vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster anhängig, in der unter anderem der Zeitraum und die Form der Bedarfsermittlung beklagt wird. Es ist daher sinnvoll, das Verfahren zur Darstellung von Abgrabungsbereichen aus dem Entwurf des Regionalplans Ruhr abzukoppeln und bis zur letztendlichen Klageentscheidung auszusetzen.

Recycling

Neben einer Erhöhung der Recyclingquote und dem flächendeckenden Aufbau von Recyclingwerken für Baumaterial müssen vor allem schon bestehende Forschungen und Entwicklungen für AL-



Ernst Barten
Ratsmitglied

Klaus Leonhards
Sachkundiger Bürger

ternativen weiter ausgebaut und gefördert werden. Die dadurch gewonnenen Mengen müssen bei der Bedarfsermittlung angerechnet werden.

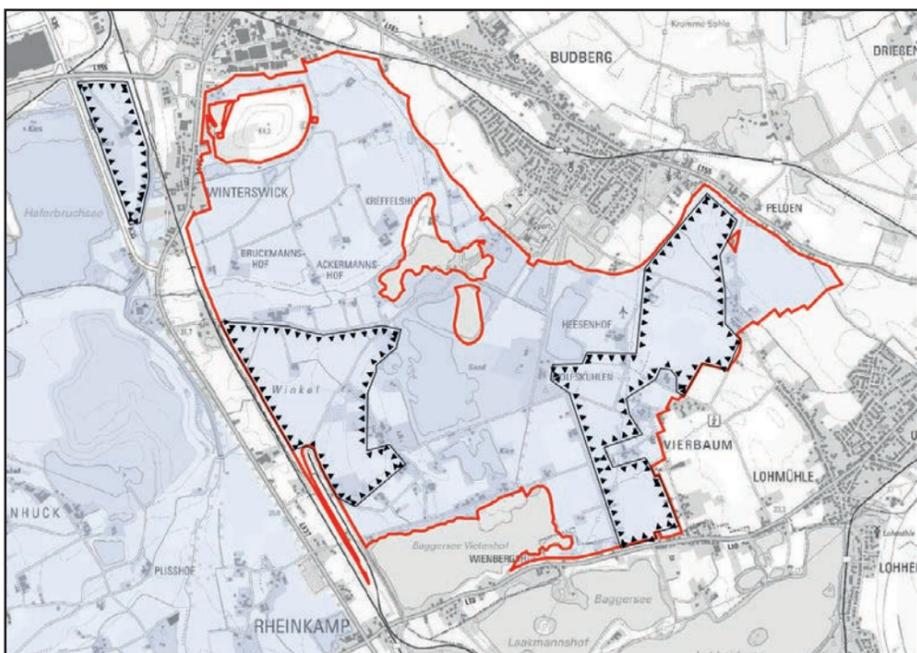
Rohstoffabgabe

Ähnlich wie bei der CO₂-Bepreisung sollte ein Preis je geförderter Tonne geförderter Kies festgelegt werden. Die Erlöse aus dieser Rohstoffabgabe sollten ausschließlich in einen Fonds fließen, der die negativen externen Effekte der Abgrabungen abmildert und Geld zum Beispiel für die Pflege der Wasserflächen, Anlage von Rundwegen, Nachpflanzungen bereitstellt. Die Rohstoffabgabe hätte auch noch einen wertvollen Nebeneffekt: Die Abbaumengen würden so genau erfasst und könnten bei der Bedarfsermittlung sehr hilfreich sein.

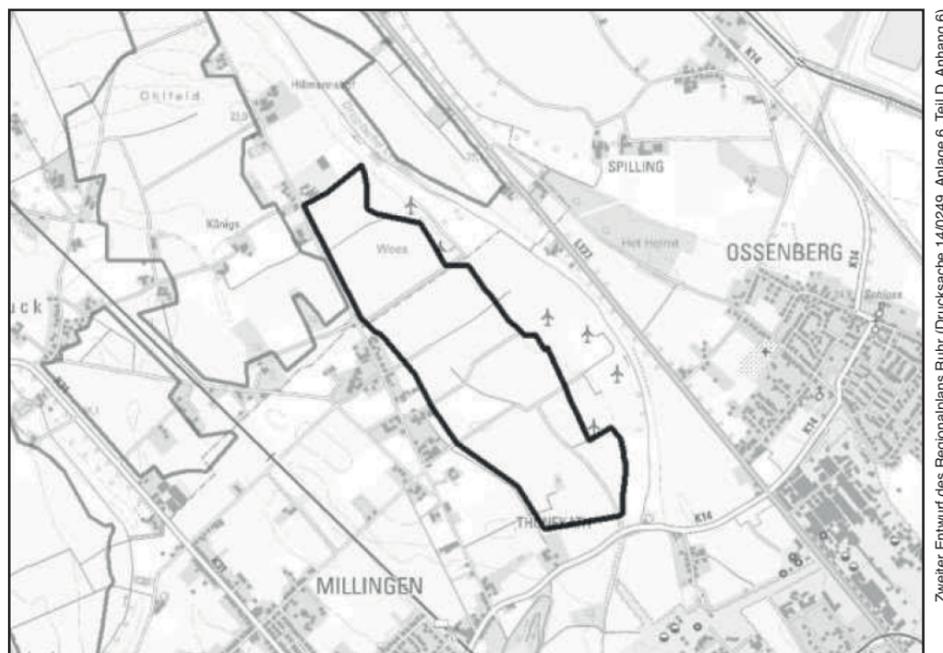
Wasser

Bei Nassabgrabungen unterhalb der Grundwasseroberfläche handelt es sich nach dem Wasserhaushaltsgesetz um „unmittelbare Eingriffe in das Schutzgut Grundwasser“. Durch die Abtragung der Deckschicht beim Kiesabbau gehen Retentions- und Abbauprozesse im Boden verloren. Dadurch ist eine direkte Gefährdung des Grundwassers und unseres Trinkwassers möglich.

Siehe auch:
www.kieswende-rheinberg.de
www.niederrheinappell.de



Geplante Abbaufäche Budberg-Vierbaum



Geplante Abbaufäche Millingen und Alpen

Zweiter Entwurf des Regionalplans Ruhr (Drucksache 14/0249, Anlage 6, Teil D, Anhang 5)

Zweiter Entwurf des Regionalplans Ruhr (Drucksache 14/0249, Anlage 6, Teil D, Anhang 6)

Verschwundene Straßenbäume in Orsoy ersetzen

Der Plan für eine nachhaltige Stadtentwicklung Rheinbergs muss neben der Stadtmitte auch die Ortsteile berücksichtigen. Dafür ist extra eine Stabsstelle eingerichtet worden, die beim Bürgermeister angesiedelt ist. Die GRÜNE Ratsfraktion hatte in diesem Sinne einen Antrag an den zuständigen Bauausschuss gestellt, um in diesem Fall die Entwicklung von Orsoy zu fördern.

Angeregt auch durch Orsoyer Bürger*Innen wünschen wir uns, dass hier Straßenbäume, die aus unterschiedlichen Gründen aus dem Stadtbild verschwunden sind, durch Nachpflanzungen ersetzt werden. Diese Maßnahme erscheinen uns wichtig:

- aus ökologischer Sicht
- zur Verbesserung des Stadtklimas
- zur Begrünung des Stadtbildes.



Christina Schmalz
Ratsmitglied
wünscht für
Orsoy die
Nachpflanzung
von Straßen-
bäumen



Hier könnten noch Bäume stehen

Die Mittel für diese Neu- und Nachpflanzungen von Straßenbäumen in Orsoy könnten im nächsten Haushalt bereitgestellt werden, um auch den Einsatz und die Mitarbeit des Baubetriebshofes zu ermöglichen. Für die Umsetzung dieses Antrags wünschen wir uns eine breite Bürgerbeteiligung, die werbewirksam über alle möglichen Kanäle publik gemacht und begleitet werden soll.

So könnte zum Auftakt dieses Projektes "Stadtgrünung Orsoy" die Stabsstelle für Nachhaltigkeit vor Ort eine Bürger-



versammlung aller Interessierten einberufen und organisieren.

Wir denken da an BürgerInnen und AnwohnerInnen, an Pumpennachbarschaften, an den Bürgerschützenverein, an die Kirchen, an das Evangelische Alten- und Pflegeheim, an Gewerbetreibende, Sportvereine, Freiwillige Feuerwehr usw.

Wir hoffen auf Patenschaften für die Anschaffung und spätere Pflege, so könnten sich BürgerInnen aktiv beteiligen. Als Diskussionsgrundlage hat die



GRÜNE Fraktion einen Plan "Innenstadtbereich von Orsoy" erstellt, der alle möglichen Standorte für Neuanpflanzungen aufzeigt.

In der Sitzung des Bauausschusses vom 1. September wurde beschlossen, unseren Antrag in die Haushaltsberatung 2022 aufzunehmen. Parallel dazu erarbeitet der Baubetriebshof einen Antrag REACT EU "Förderprogramm Grüne Infrastruktur", um Mittel u. a. auch für Ersatz- und Nachpflanzungen zu bekommen.

Sport und Politik: Beide bewegen sich!

Die Corona-Pandemie hat vielfältige negative Auswirkungen. Neben den gesundheitlichen sind es die wirtschaftlichen und finanziellen, die sich u.a. in den Haushalten der Kommunen, so auch in Rheinberg, niederschlagen. So brachen die Steuereinnahmen, vor allem die Gewerbesteuer, drastisch ein. Damit drohte für das laufende Jahr erneut eine Haushaltssicherung, die wir doch gerade erst verlassen haben. Nach schwierigen Haushaltsberatungen konnte dieses drohende Szenario vermieden werden.

Dafür waren aber auch einige Einsparungen für die Folgejahre 2022 bis 2024 durch die den Haushalt tragenden Fraktionen von CDU, GRÜNEN und FDP vorzunehmen. Denn zur Vermeidung der Haushaltssicherung sind auch die drei Folgejahre zu betrachten, in denen Regelungen zur Defizitvermeidung vorgegeben sind. Damit wurde es notwendig, ab 2022 im Haushalt Einsparungen zu verankern. Nun sind Sparprogramme nie populär, gerade auch wenn sie den so wichtigen Sportbereich betreffen.

Denn mit ihren über 10.000 Mitgliedern sind die Sportvereine in Rheinberg eine ganz zentrale und unterstützenswerte Größe in sportlicher, gesundheitlicher und sozialer Hinsicht.

Was also tun? Für 2021 wurden überhaupt keine Einsparungen im Sportbereich vorgenommen. Die ab 2022 vorgesehenen Gebührenerhöhungen und Einsparungen waren für unsere Fraktion

stets fiktiv, denn zunächst muss in diesen so unsicheren Zeiten erst einmal abgewartet werden, wie sich im Laufe dieses Jahres die Finanzen der Stadt entwickelten. Es konnte ja vermutet werden, dass nach den Einbrüchen im letzten Jahr nun eine gewisse Erholung der Wirtschaft und damit auch eine bessere Finanzausstattung der Stadt eintreten werde. Und so ist es auch gekommen.

Allerdings bleibt zu berücksichtigen, dass der Rheinberger Haushalt keinesfalls aus dem Schneider ist. Die Corona-bedingten Belastungen sind ja nicht verschwunden, sie können nur durch ein Landesgesetz bilanziell isoliert werden, sind aber in späteren Jahren wieder haushaltsrelevant. Insofern liegt nun ein Kompromissvorschlag auf dem Tisch: Die bisherige sehr großzügige städtische Unterstützung von Investitionen und Betriebskosten in Höhe von 75 Prozent soll in 2022 auf 65 Prozent und in 2023 auf 50 Prozent reduziert werden. Dafür können nun weitere finanzielle Streichungen oder Erhöhungen von Nutzungsentgelten rückgängig gemacht werden.



Peter Mokros
Ratsmitglied



Jürgen Bartsch
Ratsmitglied

Bauen für die Zukunft

Der Ausbau Erneuerbarer Energien gilt zu recht als ein wesentlicher Baustein für den Klimaschutz. Darüber darf aber nicht übersehen werden, dass neben der Produktion umweltgerechter Energie auch das Energiesparen einen ganz wichtigen Beitrag zur CO₂-Vermeidung liefert.

Im Bausektor bieten sich im Bestand z.B. energetische Sanierungen an. Eine entsprechende Beratung wird seit vielen Jahren in Rheinberg durch die Dr. Hauskampagne angeboten.

Interessierte können sich an Frau Weber F. Santos, städtische Klimaschutzmanagerin, Tel: 02843 171 498 wenden.

Die Energie- und Wärmeverbrauchsabgaben für Häuser beziehen sich auf ein Referenzhaus mit dem Standard 100. Der gesetzliche Standard für Neubauten liegt 25 Prozent unter diesem Niveau.

Hier ließe sich mehr tun. Die alte Bundesregierung hatte ursprünglich im Klimaschutzprogramm einen Standard von 55 % des Energieverbrauchs eines Standardhauses geplant, dies aber wieder zurückgenommen.

Vergleichbares gilt für die Produktion von Wärme und Strom mittels Solarthermie und Photovoltaik. Auch hier wollte die alte Bundesregierung eine Solardachpflicht einführen, kassierte dies aber kurz darauf wieder.

Da der umweltschonende Umgang mit Energie in Zukunft von hoher Wichtigkeit sein wird, hat die GRÜNE Fraktion Rheinberg diese Punkte aufgegriffen, um einer erwartbaren Entwicklung positiv



vorzugreifen. Allerdings sind die derzeit gültigen rechtlichen und vertraglichen Möglichkeiten zu beachten.

Nach mehreren Anläufen im Fachausschuss wurde schließlich beschlossen, unter Beachtung der bereits existierenden gesetzlichen und rechtlichen Möglichkeiten für alle Wohnneubauten in neu aufzustellenden oder zu ändernden Bebauungsplänen die Einhaltung eines energetischen KfW-55-Mindeststandards sowie die Nutzung von Solarenergie für Wohnneubauten verbindlich festzulegen.



Jürgen Bartsch
Stellvertretender
Fraktionssprecher
fordert ein
Bauen für die
Zukunft

Sauna im Hallenbad – Trassenverlauf heiße Diskussionen in der Kritik

*Als Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung wurde auch mit den Stimmen unserer Fraktion beschlossen, den Pachtvertrag für die Sauna im Hallenbad zum 1. Juli 2022 zu kündigen. Dieser Beschluss hat zu Unmut der Pächter, aber auch der Benutzer*innen geführt. Kritisch wurde insbesondere die Kommunikation hervorgehoben. Diese Kritik haben wir aufgenommen und die Interessenvertreter*innen in unsere Fraktion eingeladen.*

Kommunalpolitik kann nicht jeden Wunsch erfüllen, sollte aber zumindest einen Rahmen geben, in welchem sich Bürger*innen, Interessenvertreter*innen und Kommunalpolitiker*innen austauschen können. Das ist auch das Anliegen der GRÜNEN Politik in Rheinberg. Allerdings gibt es eine Fülle von Themen und Anliegen, die zu besprechen sind, aber wir versuchen so weit wie zeitlich machbar auch für persönliche Besprechungen zur Verfügung zu stehen.

Intensive Diskussionen gab es dann auch tatsächlich in der Fraktionssitzung. Die Sauna-Gäste und die Pächter haben uns GRÜNEN nochmal deutlich dargestellt, welchen Verlust sie mit der Schließung der Sauna in Kauf nehmen. Einiges, was bisher auch uns noch nicht bekannt war, wurde erörtert. Insgesamt war es eine wichtige und gute Diskussion.

Wichtig ist nun zu klären, welche Grundinvestitionen zum Weiterbetrieb zu tätigen sind und welche laufenden Kosten noch entstehen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltsprobleme, die vorrangig durch die Corona-bedingten finanziellen Einbrüche verursacht wurden und werden, stehen viele eigentlich wichtige Punkte auf dem Prüfstand. Uns ist es wichtig, vorher darüber zu sprechen und eine gute Datengrundlage zur Entscheidung zu haben. Erst dann kann man auch verlässlich, transparent und nachvollziehbar erklären, auf welcher Grundlage welche Entscheidungen getroffen wurden.

Um eine Klärung herbeizuführen, ob und unter welchen Bedingungen die Sauna bis auf weiteres fortbestehen kann, haben wir einen Fragekatalog an die Verwaltung eingereicht.



Svenja Reinert
Fraktionssprecherin zur Diskussion um den Pachtvertrag für die Sauna im Hallenbad

Die Amprion GmbH plant im Auftrag der Bundesregierung eine neue Höchstspannungsfreileitung mit 380 KV, die auch über Rheinberger Stadtgebiet führt und den derzeitigen Trassenverlauf der 220 KV-Leitung ersetzen wird. Ziel ist es, Windstrom von der Nordsee in den Süden Deutschlands zu transportieren. Soweit – so gut.

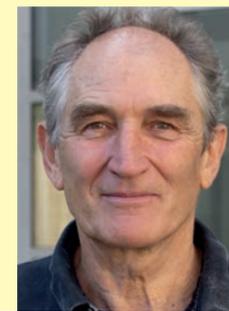
Nun ist die Frist für das Planfeststellungsverfahren abgelaufen, aber nur eine Planänderung ist vorgenommen. Diese Änderung betrifft ausschließlich den Verlauf an der Straße Vierbaumer Heide. Das ist an der Stelle für diese Häuser in Vierbaum gut, da sie nun vom alten und neuen Trassenverlauf entlastet werden. Schlecht ist der Verlauf für die Häuser parallel zum Hohen Weg, da dort die ca. 70m hohen neuen Masten bis an deren Grundstücke reichen.

Eine weitere Planänderung im Verlauf der Trasse Spanische Schanzen in Budberg ist allerdings leider nicht erfolgt. Obwohl einstimmig von der Rheinberger Politik und Verwaltung gefordert, hat Amprion die Alternativtrasse Richtung Reitplatz nicht in ihre Pläne einbezogen! Ein alternativer Verlauf wäre möglich und würde auch den vorgeschriebenen Mindestabstand einhalten, der zum Schutz der menschlichen Gesundheit vor Geräuschemissionen und elektro-



magnetischen Feldern notwendig wäre. Ansprüche betroffener Bürger*innen ließen sich jetzt allein auf dem Rechtsweg durchsetzen.

Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauordnung und Umwelt vom 30. August 2021 sind die Forderungen der Stadt Rheinberg jedenfalls noch einmal einstimmig erhoben worden.



Ernst Barten
Ratsmitglied kritisiert den Trassenverlauf der Höchstspannungsfreileitung

Planungen für das Gymnasium, die VHS und die ehemalige Montessori-Schule – Wie geht es weiter?

Im Sommer nächsten Jahres soll er endlich fertig sein, der Anbau der Europaschule. Damit würde auch die provisorische Nutzung der ehemaligen Montessori-Schule gegenüber der Alten Kellerei für die fünften Klassen der Europaschule entfallen. Und damit stellt sich dann die Frage nach der weiteren Nutzung des Gebäudes.

In der Ratssitzung im letzten Juni wurde von einem Planungsbüro ein Entwurf für ein Mehrgenerationenhaus vorgestellt. Danach könnten z.B. die Sozialverbände die Räumlichkeiten nutzen für Beratungsbüros, eine Lehrwerkstatt war angedacht ebenso wie eine Lehrküche oder Seminarräume. Kostenkalkulation derzeit knapp 5 Millionen Euro.

Zugleich ist über die Erweiterung des Amplonius-Gymnasiums zu entscheiden. Zwei Entwürfe liegen vor, einmal allein für den Bedarf der Schule an naturwissenschaftlichen Räumen – geplante Fertigstellung 2025 mit Kosten von 7,9 Millionen Euro –, beim zweiten Modell neben den schulischen Räumen mit einer Erweiterung für die VHS, die dringend nach angemessenen Räumen für ihre Angebote sucht. Diese Erweiterung würde zusätzliche Kosten in Höhe von kalkulierten 1,3 Millionen Euro bedeuten.

Angesichts des finanziellen Umfangs der Maßnahmen und der schwierigen Haus-



Ehemalige Montessori-Schule



Der Platz für den Anbau am Gymnasium

haltungslage der Stadt muss sehr gut überlegt werden, welche Varianten zum Zuge kommen sollen. In der letzten Ratssitzung im Oktober hat die GRÜNE Fraktion daher für eine Verschiebung der Entscheidung in die Dezembersitzung geworben. Bis dahin muss nun geklärt werden, ob die vorgestellten Nutzungen für die ehemalige Montessori-Schule realistisch sind, damit wir nicht mit hohem finanziellen Aufwand eine eventuell nur unzureichend genutzte Immobilie sanieren. Alternativ wäre auch eine nicht-städtische Verwendung denkbar,

z.B. als Seniorenheim, dafür müsste dann ein Investor gefunden werden.

Von der Nutzung des ehemaligen Montessori-Gebäudes hängt letztlich auch ab, wo die zusätzlichen Bedarfe der VHS abgedeckt werden. Es gibt Überlegungen, der VHS auch in diesem Gebäude Räume anzubieten.

Unstrittig ist der naturwissenschaftliche Anbau für das Amplonius-Gymnasium. Ob sich daran noch die VHS-Erweiterung anschließt, wird sich nach der Präsen-

tion der verschiedenen Möglichkeiten durch die Verwaltung bis zur Dezember-Ratssitzung klären.



Luise Theile
Ratsmitglied wägt Pro und Kontra der jeweiligen Alternativen ab

Nachbetrachtung zur Bundestagswahl – Mut zum Klimaschutz: das 1,5-Grad-Ziel ist unverhandelbar

*Mit dem Ergebnis von 14,8 % haben die GRÜNEN bundesweit ein gutes Ergebnis erreicht – wie die in den Medien bekannten GRÜNEN Politiker*innen betonten, das beste Ergebnis, das GRÜNE je bei Bundestagswahlen erreicht haben.*

Die Umfragewerte der GRÜNEN bei der sogenannten Sonntagsfrage sanken bis zum Wahlsonntag, obgleich Annalena Baerbock in den Triellen sachlich überzeugende Argumente vorbrachte und als sympathische Frau Anerkennung fand.

Offensichtlich fürchten sich viele Bürger:innen vor Veränderungen, die sie als mögliche Verluste sehen, sie hinterfragen, ob die dringend notwendigen Maßnahmen zum Klimaschutz eine Verbesserung ihres Lebens bringen. Das Festhalten am Bestehenden war ein dominierendes Motiv, das wir in Gesprächen mit Wähler*innen wahrgenommen haben.

Die „Fridays for Future Bewegung“ der Jugend hat angekündigt, die Verhandlungen zu einem Koalitionsvertrag weiterhin kritisch durch Proteste an Freitagen zu begleiten, was wir ausdrücklich befürworten, denn in einem Dreierregierungsverständnis können GRÜNE nur „mehr

Klimaschutz“ durchsetzen, wenn der Druck durch Basis und Wissenschaftler aufrechterhalten wird. Für ein besseres Verhandlungsergebnis hätten die GRÜNEN die Wahl gewinnen müssen!

In den nächsten Jahren wird es sehr schwer, den Spagat zwischen dem Stabilitätsbedürfnis der Bürger*innen und einer auf das 1,5-Gradziel ausgerichteten Politik mit geringen finanziellen Belastungen für die Bürger*innen hinzubekommen. Zentrale Punkte der GRÜNEN in den Verhandlungen sind eine sozial-ökologische Umwelt- und Klimapolitik, verbunden mit einer soliden und nachhaltig wirksamen Finanzpolitik.

Dazu unser Europaabgeordneter und Finanzmarktexperte Sven Giegold (Mitglied des 10-köpfigen Hauptverhandlungsteams), häufig unser Gast aus dem Europaparlament in Rheinberg:

„Gerade beim Thema Steuern schmerzt es mich besonders, dass mit den anderen Parteien nicht mehr möglich war. Für die FDP waren Steuererhöhungen selbst für Höchstvermögende nicht zustimmungsfähig. Gleichzeitig haben wir aber beim Thema Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Geldwäsche viel erreicht

und somit eine echte Chance, hier Milliarden für öffentliche Investitionen und Steuergerechtigkeit zurückzuholen.

Auch beim Bürgerfonds, unserer öffentlichen Alternative zu übersteuerten Riester-Produkten, hätte ich mir weit mehr als den Prüfauftrag im (Sondierungs-)Papier gewünscht, auch wenn damit ein erster wichtiger Schritt getan ist.

In der Fach-AG zu Finanzmarktregulierung, Haushalt und Steuern werde ich mich dafür stark machen, dass wir jetzt so viel wie möglich herausholen.“

So werden wir uns bei den in wenigen Monaten anstehenden Landtags-Wahlen in Nordrhein-Westfalen weiter für einen sozial-ökologischen Aufbruch einsetzen.



Dagmar
Krause-Bartsch
Ortsverbands-
Sprecherin

IMPRESSUM

Herausgeber:

Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN
Stadthaus Rheinberg,
47495 Rheinberg

Ortsverband Bündnis 90/Die GRÜNEN
c/o Ulla Hausmann-Radau
Grafschafter Straße 3c
47495 Rheinberg
www.gruene-rheinberg.de
facebook @GRUENERheinberg
Twitter @GrueneRheinberg

Gestaltung, Satz,
Bildbearbeitung und Druck:
TYPOGRAF

Franken-Tuschen GbR
Schwalbenweg 14
47475 Kamp-Lintfort
Ruf 015253681513
johannes.tuschen@t-online.de
www.typograf-kamp-lintfort.de

www.gruene-rheinberg.de
facebook @GRUENERheinberg
Twitter @GrueneRheinberg
Instagram @gruenerheinberg

Unser Kandidat für die Landtagswahl 2022

Ich heiße Niels Awater, bin 21 Jahre alt und studiere Chemie und Sozialwissenschaften auf Lehramt an der Universität zu Köln. Ende Oktober wurde ich als Direktkandidat für die Landtagswahl 2022 im Landtagswahlkreis 58 Wesel II aufgestellt. Für das mir entgegengebrachte Vertrauen bin ich sehr dankbar.

Seit 2017 bin ich politisch in Rheinberg aktiv und arbeite mittlerweile im Stadtentwicklungs-, Umwelt- und Mobilitätsausschuss, im Schulausschuss und im Stadtrat mit. Durch diese Gremienarbeit habe ich bereits viele, für den Kreis Wesel besonders wichtige Themen und Probleme kennengelernt.

Angeführt wird diese Liste vom „Abbau oberflächennaher Bodenschätze“. An vielen Stellen des Kreises werden Sand und Kies abgebaut. Zurück bleiben oftmals nur mäßig renaturierte Wasserlöcher. Dadurch gehen wertvolle Flächen verloren, die auch nicht mehr wiederhergestellt werden können. Ich will mich dafür einsetzen, dass der Kies- und Sandabbau drastisch reduziert wird.

Ein weiterer Schwerpunkt meiner politischen Arbeit ist die Mobilität. Während die rechte Rheinseite vergleichsweise gut an das Ruhrgebiet angeschlossen ist, hinkt die linke Rheinseite in puncto Mobilität noch weit hinterher. Die Bahnstrecke nach Duisburg muss dringend

ertüchtigt werden, die Busse sollen sich mehr am Bedarf der Nutzer*innen orientieren, und in Sachen attraktive Radwege gibt es auch großen Nachholbedarf.

Verbesserungen in der Schul- und Bildungspolitik zu erzielen ist ein weiteres großes persönliches Anliegen. Die Corona-Krise hat gezeigt, wo es überall hakt: In der Bereitstellung der räumlichen und technischen Rahmenbedingungen für eine moderne Pädagogik – Stichwort Digitalisierung, aber auch bei der Chancengerechtigkeit. Bildung ist der Schlüssel für eine gute und demokratische Gesellschaftsentwicklung und sollte unabhängig vom Elternhaus allen Kindern beste Chancen für ihre Zukunft gewähren.

Dafür möchte ich mich im kommenden Landtag einsetzen. Als junge Stimme für den Niederrhein freue ich mich auf einen spannenden Wahlkampf.



NIELS AWATER
ist der GRÜNE Kandidat
für den Landtag!